Anfrage öffentlich	Datum 15.05.2025	Nummer F0164/25
Absender **CDU/FDP-Stadtratsfraktion**		
Adressat Oberbürgermeisterin Frau Simone Borris		
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 22.05.2025	

Kurztitel
Bezahlkarte Magdeburg

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

im Januar 2024 wurde in Magdeburg der Proof of Concept (PoC) zur Bezahlkarte für Flüchtlinge eingeführt (Start: März 2024). Damit war die Landeshauptstadt einer der ersten Kommunen im Bundesland Sachsen-Anhalt, in welcher die Bezahlkarte eingeführt wurde. Damals gab es keine Handlungsanweisungen vom zuständigen Ministerium gegenüber den Kommunen. In der Testphase wurde vom zuständigen Dezernat von 20–100 Bezahlkarten ausgegangen. In der Stellungnahme S0119/24 wurde mitgeteilt, dass nach einer sechsmonatigen Laufzeit eine Aussage getroffen werden kann, wie hoch die Kosten der Umsetzung sind. In Nordrhein-Westfalen wurde jetzt in Kommunen der Missbrauch von Bezahlkarten öffentlich gemacht. Durch die SEPA-Funktion können Umgehungsmöglichkeiten der Bargeldbeschaffung durch ein eigenes oder das Konto eines anderen, von dem unbeschränkt Bargeld ausgezahlt wird oder Auslandsüberweisungen durchgeführt werden, geschaffen. Die Bezahlkarte kann es ermöglichen, Beträge auf andere Konten zu überweisen.

Deshalb frage ich:

1. Nach einem Jahr Bezahlkarte in Magdeburg – welche Kenntnisse wurden gewonnen?

2. Was lief positiv, was lief negativ mit der Einführung der Bezahlkarte?

3. Wie viele Personen nutzen aktuell die Bezahlkarte?

4. Sind in Magdeburg Fälle bekannt geworden, bei denen solche Umgehungsmöglichkeiten der Geldbeschaffung nachgewiesen worden sind?

5. Kann die SEPA-Funktion komplett abgeschafft werden?

6. Wie kann ein Missbrauch vermieden werden?

7. Gibt es vom zuständigen Ministerium bereits Handlungsempfehlungen und/oder Unterstützung?

Ich bitte um eine kurze mündliche und ausführliche schriftliche Stellungnahme innerhalb der vorgegebenen Frist gemäß § 11 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg. Ich bitte um kurze Benachrichtigung, wenn diese Frist nicht eingehalten werden kann.

Manuel Rupsch
Stadtrat
CDU/FDP Stadtratsfraktion